Antrag

an die Kreismitgliederversammlung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hamburg-Nord am 23.6.2016

Antragstellende: Christoph Reiffert und Michael Schilf
unterstützt von Martin Bill, Jennifer Broocks, Antje Brügmann, Birgit Elster, Alske Freter, René Gögge, Waltraut Greiser, Hajo Heeg, Ingo Hemesath, Sina Imhof, Dr. Anıl Kaputanoğlu, Marko D. Knudsen, Peter Kohlmannslehner, Timo B. Kranz, Jessica Kratt, Carmen Möller, Diether Schönfelder, Beate Seelis, Ulrike Sparr, Olaf Stahr, Christopher Stammer, Michael Werner-Boelz, Carmen Wilckens

Queere Geflüchtete: Hamburg muss endlich mehr tun!

Mit den etwa 40.000 Personen, die Hamburg im vergangenen Jahr als Asylbewerberin oder -bewerber aufgenommen hat, sind konservativ geschätzt auch etwa 2.000 queere [1] Geflüchtete in die Stadt gekommen. Diese Gruppe benötigt besonderen Schutz!

Queere Geflüchtete waren oftmals schon in ihren Herkunftsländern staatlicher, gesellschaftlicher und persönlicher Verfolgung ausgesetzt. Für viele stellt ihre sexuelle Orientierung bzw. geschlechtliche Identität einen wichtigen oder den ausschlaggebenden Grund dar, in Deutschland Asyl zu suchen. Doch noch immer fehlen in den Strukturen der Stadt ausreichend ausgestattete Anlaufstellen, die nicht nur diese Geflüchteten beraten. Ein erster Schritt in die richtige Richtung ist mit dem Beschluss der Bürgerschaft getan, 20.000 Euro für Beratungsleistungen zur Verfügung zu stellen. Doch es ist absehbar, dass diese Summe nicht ausreichen wird.

Auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Unterkünften, Wachpersonal, Ehrenamtliche müssen für den Umgang mit der Gruppe besonders schutzbedürftiger queerer Geflüchteter das notwendige „Handwerkszeug“ erhalten, um ein ausreichendes Bewusstsein für deren spezifische Belange entwickeln zu können.

In den Unterkünften ist für viele ein offener Umgang mit ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität nicht denkbar, da sie oft Repressalien durch ihr Umfeld befürchten müssen. **Für Hamburg sind allein aus den letzten 9 Monaten bereits 10 Übergriffe auf queere Geflüchtete in Unterkünften dokumentiert. Es kam dabei sowohl zu verbalen als auch zu körperlichen Angriffen. Als deren Folge war in drei Fällen ein Krankenhausbesuch notwendig.** Für queere Geflüchtete gibt es keine Programme zu deren besonderem Schutz. Diesen benötigen sie aber offensichtlich!

Hamburg-Nord ist Sitz des magnus hirschfeld centrums, einer der wichtigsten Anlaufstellen für Menschen nicht-heterosexueller Orientierung und für Trans*-Personen aus ganz Hamburg und dem Umland. **Seit 2015 gab es 216 Beratungskontakte zu 45 verschiedenen queeren Personen sowie zu Mitarbeitenden und Ehrenamtlichen der Unterbringungen (davon alleine seit März 2016 100 Beratungen / Kontakt zu 15 zusätzlichen queeren Personen).** Somit ist klar zu erkennen, dass der Bedarf an Beratung enorm steigt.

Auch viele Aktive aus der queeren Community unterstützen bereits in Institutionen, Initiativen oder einfach privat diejenigen, die neben den vielfältigen Problemen, die mit ihrer Fluchtgeschichte und ihrem Status als Geflüchtete zusammenhängen, auch noch mit Homo- und Transphobie zu kämpfen haben.

In Tagen wie diesen, wo Deutschland über Gewalt an Mitgliedern der queeren Community und die Reaktionen der deutsche Politik darauf diskutiert, ist es wichtig, dass auch wir GRÜNEN in Hamburg klar bekennen:

QUEERE RECHTE SIND MENSCHENRECHTE!

Das gilt ganz besonders für diejenigen, die als Geflüchtete noch mit ungleich viel mehr Problemen und Anfeindungen zu kämpfen haben, als queere Personen, die schon lange hier leben. Deshalb muss Hamburg mehr für die queeren Geflüchteten tun als bisher!

Wir GRÜNEN machen uns schon lange stark für die queere Community – egal, woher die einzelne Lesbe oder der einzelne Transmann stammt oder welchen Status sie in Deutschland haben.

Wir fordern deshalb den Landesvorstand von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Hamburg, die GRÜNEN Bürgerschaftsabgeordneten und die GRÜNEN Mitglieder des Senats auf, folgende Punkte umzusetzen:

1. **Queere Geflüchtete müssen angemessenen Schutz erhalten können, wenn sie in ihrer Unterkunft Opfer von Gewalt oder Diskriminierung werden. Aus fachlicher Sicht kann ein effektiver Schutz nur durch eine Notfallunterbringung außerhalb der Unterkunft gewährleistet werden. Dies gilt insbesondere für Erstaufnahmen!**
   Rückzugs- und Unterbringungsmöglichkeiten innerhalb der Unterkunft bieten in Erstaufnahmen absolut keinen ausreichenden Schutz. Auch für andere Unterkünfte gibt es keine kurzfristig umsetzbaren, geeigneten Lösungen. Eine externe Unterbringung beispielsweise in Wohngemeinschaften muss daher möglich sein. Die Erfahrungen aus anderen Städten wie Berlin oder Nürnberg können bei der Umsetzung helfen!

2. **Queere Geflüchtete in Hamburg müssen formal grundsätzlich als „besonders schutzbedürftig“ anerkannt werden, so dass effektiver auf ihre Bedürfnisse eingegangen werden kann!**

3. **Geflüchteten muss eine kompetente Erstberatung bei queeren Themen innerhalb der Unterbringung und bei Bedarf zusätzlich extern ermöglicht werden!**
   Die steigenden Bedarfe müssen zügig durch ausreichende und auf Dauer angelegte Beratungs- und Begleitungskapazitäten aufgefangen werden. Dazu gehören nicht nur qualifizierte Pädagog*innen, sondern auch Dolmetscher*innen. Die von den Regierungsfraktionen in der Bürgerschaft beschlossene Anschubfinanzierung für Beratungsprojekte muss verstetigt werden.

4. **Allen, die in und um Erstaufnahmen und Folgeunterbringungen arbeiten, müssen queere Geflüchtete als Realität bewusst gemacht werden! Gezielte Sensibilisierung, Schulung und Fortbildung für queere Themen sind notwendig!**
   Nur so können queere Geflüchtete unterstützt werden, sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität im Asylverfahren als Fluchtgrund benennen zu können, oder -wenn sie dies wünschen- einen offenen Umgang mit ihrer Orientierung oder/und Identität zu pflegen.

[1] Mit „queer“ sind hier alle Geflüchteten mit nicht-heterosexueller Orientierung oder einer anderen als der ursprünglich zugewiesenen geschlechtlichen Identität gemeint